

Mündliche Anfrage betreffend die Verschlechterung des sozialen Klimas innerhalb des EPA: Antwort der Regierung – Richard

Verfasst von Richard Yung

Dienstag, 21. Februar 2017 13:41

Am 21. Februar habe ich die Regierung hinsichtlich **der Verschlechterung des sozialen Klimas innerhalb des Europäischen Patentamts (EPA)** befragt.

Nachstehend finden Sie Text und Video **meiner Intervention und der Antwort der Staatssekretärin für Digitales und Innovation**, Axelle Lemaire.

Der Herr Präsident. Das Wort hat Herr Richard Yung, Verfasser der Frage Nr. 1578 an den Herrn Minister für Wirtschaft und Finanzen.

Herr Richard Yung. Meine leider immer wiederkehrende Frage betrifft die Verschlechterung des sozialen Klimas innerhalb des Europäischen Patentamts, des EPA.

Seit 2010 führen die von der Leitung des EPA angeordneten Maßnahmen zu einer Beschneidung der Grundrechte des Personals: Dabei denke ich insbesondere an die Beschränkung des Streikrechts, an die Infragestellung der Vereinigungsfreiheit oder an die Verletzung des Tarifverhandlungsrechts. Es hat den Anschein, dass das EPA am häufigsten vor das Verwaltungsgericht der internationalen Arbeitsorganisation gebracht wird, die Stelle, die sich über Personalauseinandersetzungen innerhalb der internationalen Organisationen zu äußern hat.

In einem Beschluss aus dem Jahr 2015 hat das Berufungsgericht in Den Haag mehrere von der Leitung des EPA getroffene Maßnahmen als rechtswidrig beurteilt. Letzteres hat Revision eingelegt und sich dabei auf die Vollstreckungsimmunität berufen, die internationale Organisationen tatsächlich genießen.

Seit Anfang 2016 wurden gegen Gewerkschaftsvertreter mehrere Sanktionen ausgesprochen: drei Entlassungen und eine Degradierung. Außerdem sind Ermittlungen und Disziplinarverfahren im Gange.

In einer am 16. März 2016 angenommenen Resolution fordert der Verwaltungsrat als vorgesetzte Stelle des EPA den Amtspräsidenten auf, "darauf zu achten, dass Sanktionen und Disziplinarverfahren nicht nur gerecht sind, sondern auch als wirksam angesehen werden, und die Möglichkeit zu prüfen, sich an eine externe Überprüfungs-, Schiedsgerichts- oder Mediationsstelle zu wenden".

Diese Resolution wurde von der Leitung des EPA ignoriert, die sich damit zufrieden gab, eine Sozialkonferenz sozusagen "Potemkinscher Art" zu organisieren.

Das bayerische Parlament hat die Frage vor Kurzem aufgegriffen und dabei sogar debattiert, ob die juristische und Vollstreckungsimmunität, die das EPA genießt, eine Maßnahme der Staaten erschwert. Das reibungslose Funktionieren des EPA ist eine der für den eingetretenen Erfolg des europäischen Patents und die Anwendung des künftigen Patents als Einheitspatent unverzichtbaren Bedingungen. Ich frage daher die Regierung, welche Lösungen sie vorzuschlagen beabsichtigt, insbesondere durch Vermittlung der französischen Delegation im Verwaltungsrat des EPA, um die Wiederaufnahme des sozialen Dialogs und den Einzug einer neuen Art der Amtsleitung sowie die Überprüfung der Sanktionen zu befördern.

Der Herr Präsident. Das Wort hat die Frau Staatssekretärin.

Frau Axelle Lemaire, Staatssekretärin beim Wirtschafts- und Finanzministerium, zuständig für Digitales und Innovation. Sehr geehrter Herr Senator, das Europäische Patentamt, welches durch die Einigung über das Europäische Patent vom 5. Oktober 1973 ins Leben gerufen wurde, ist eine seit 1977 tätige zwischenstaatliche Organisation. Sie beschäftigt fast 7.000 Angestellte aus dreißig verschiedenen Staaten. Ihr Verwaltungsrat, in dem die Vertreter von achtunddreißig Mitgliedsstaaten zusammenkommen, hat eine Reform des Status der EPA-Beamten beschlossen, um langfristig die finanzielle Lebensfähigkeit der Organisation zu gewährleisten.

Diese Reform, die das gesamte Sozialgefüge – Renten, Vergütungen, Sozialleistungen usw. – umfasst, muss in Abstimmung mit den Personalvertretern durchgeführt werden. Und so begann alles...

Im Februar 2015 hat das Berufungsgericht Den Haag bestimmte innerhalb des EPA getroffene Entscheidungen in der Tat infrage gestellt. Das Amt hat bei dem obersten Gerichtshof der Niederlande Revision eingelegt, der in einer Entscheidung vom 20. Januar 2017 die Urteile der Den Haager Gerichte aufgehoben und die gerichtliche Immunität des Amts bestätigt hat.

Im März 2016 unterstützte Frankreich die Initiative des Verwaltungsrats des EPA, der eine Resolution verabschiedete, um die Dringlichkeit einer Lösung der dieser Organisation umtreibenden Sozialproblematik zu unterstreichen.

Diese Resolution, die somit vor einem Jahr verabschiedet wurde, sah insbesondere die Durchführung eines Sozial-Audits, die Vorlage einer Weiterentwicklung der Personalordnung beim Verwaltungsrat und die Aussetzung der eingeleiteten Disziplinarverfahren vor.

Wie ist der Stand heute?

Die von PricewaterhouseCoopers durchgeführte, im Oktober 2016 vorgelegte objektive, unabhängige Studie hebt die Verschlechterung des sozialen Klimas innerhalb des Amts hervor. Diese Verschlechterung beschädigt das Image der Organisation; sie schädigt indirekt, jedoch mit Sicherheit auch das Image Frankreichs im Ausland und bei den internationalen Organisationen, und zwar trotz der sehr guten Besoldungsbedingungen der Mitarbeiter im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen.

Diese Studie empfiehlt Wege zur Verbesserung der bestehenden Disziplinarverfahren.

Die Resolution vom März 2016 sah eine Änderung der Personalsatzung des EPA durch den Verwaltungsrat vor, um die Leitlinien für interne Untersuchungen und Disziplinarverfahren weiterzuentwickeln. Die französischen Vertreter im Verwaltungsrat werden sehr aufmerksam darauf achten, dass diese Änderung zu einer Beruhigung des sozialen Dialogs innerhalb der Einrichtung führt. Tatsächlich steht genau dies auf dem Spiel.

Nicht weniger als fünf Minister haben sich an die Seite der Parlamentarier gestellt, um diese Fragen zu erläutern: Emmanuel Macron, Michel Sapin, Christophe Sirugue, ich selbst, aber auch der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herr Jean-Marc Ayrault. Wir haben uns deutlich dafür eingesetzt, dass bei den Verwaltungsratsentscheidungen des EPA die Regeln und die Rechtsprechung des internationalen Rechts richtig eingehalten werden.

Der Staatssekretär für Industrie, Christophe Sirugue, der sich mehrfach mit der Leitung des EPA ausgetauscht hat, engagiert sich weiterhin voll dafür, den Willen Frankreichs zur Herbeiführung einer Normalisierung der inakzeptablen sozialen Situation zu bekräftigen.

Diese Normalisierung ist unabdinglich, um die Bedingungen für eine größere Wirksamkeit des EPA im Kontext der Einführung des europäischen Einheitspatents zu schaffen, welches Europa eine Abgrenzung in den Bereichen geistiges und gewerbliches Eigentum in der Welt der Erfindungen ermöglichen soll.

Mündliche Anfrage betreffend die Verschlechterung des sozialen Klimas innerhalb des EPA: Antwort der Regierung – Richard

Verfasst von Richard Yung

Dienstag, 21. Februar 2017 13:41

Der Herr Präsident. Das Wort hat Herr Richard Yung.

Herr Richard Yung. Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ich glaube, wie Sie, dass die gegenwärtige Situation dem Personal, dessen Motivation sie beeinträchtigt, und dem Amt insgesamt schadet. Zudem besudelt sie den Ruf unseres Landes und ich befürchte, dass dies noch Nachwirkungen haben wird.

Während ich das entschiedene Vorgehen der Regierung berücksichtige, konstatiere ich, dass die Dinge in Wirklichkeit auf den Verwaltungsrat des EPA als entscheidende Instanz verschoben werden. Genau dort muss Frankreich daher seine Stimme erheben.

Eine weitere Möglichkeit, die im Münchner Übereinkommen vorgesehen ist, bestünde darin, den Rat der für geistiges Eigentum zuständigen Minister einzuberufen. Dort könnte eine bestimmte Anzahl Fragen debattiert werden: Das Einheitspatent, welches Sie erwähnt haben und welches schon bald wieder in Kraft treten soll, die Patente auf Pflanzen sowie die Personalverwaltung des EPA.

Dies ist ein Vorschlag, den ich Ihrer scharfsinnigen Beurteilung, verehrte Frau Staatssekretärin, überlasse.